
Auszug aus dem Protokoll

Sitzung Nr. 7
Datum 14. September 2011

65 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Motion Peter Kofel und Mitunterzeichnende betreffend "Ökostrom statt Atomstrom: Zollikofen geht mit gutem Beispiel voran"; Erheblicherklärung

Präsident: Die Antwort des Gemeinderates liegt schriftlich vor. Der Motionär hat das Wort.

Peter Kofel, GFL: Die Skepsis gegenüber der Kernenergie ist wieder, muss man sagen, gewachsen. Wieder, weil sie vor 25 Jahren einmal ähnlich hoch war nach dem AKW-Unglück in Tschernobyl. Zwischendurch war man gegenüber der Kernenergie wieder positiver eingestellt. Wenn ich sage "man" meine ich den Durchschnitt der Bevölkerung. Meine Skepsis gegenüber der Kernkraft ist nicht neu. Seit ich mich in den 70er Jahren erstmals mit dieser Thematik befasst habe bin ich zum Schluss gekommen, dass die Kernkraft in einem solch dicht besiedelten Gebiet wie der Schweiz eigentlich keine Option ist. Es ist nur ein zynisches Spiel mit Wahrscheinlichkeiten, welches uns zu suggerieren versucht, dass die Kernkraft sicher sein soll. Ein AKW in unmittelbarer Nähe von Siedlungen ist eine massive Bedrohung und ich glaube niemand von uns möchte, dass im AKW Mühleberg oder in einem der anderen AKW's ein Unfall geschieht. Denn dann müssten wir unter sehr misslichen Bedingungen leben oder ausziehen. Natürlich wird jetzt jeder sagen in Mühleberg wird doch nichts passieren. Aber das haben die Leute in Fukushima sicher auch geglaubt. Ein AKW Unfall ist auch keine Naturkatastrophe. Er kann zwar durch eine Naturkatastrophe ausgelöst werden aber ein AKW wurde durch Menschen errichtet und wird auch durch Menschen betrieben. Kurz, ich bin überzeugt, dass wir Wege suchen müssen, um von den AKW's wegzukommen. Und auch wenn wir heute noch nicht ganz genau wissen wie wir das machen, sollten wir trotzdem einen Schritt in diese Richtung machen. Parallel dazu sind natürlich Sparanstrengungen nötig. Dies gilt für sämtliche Energieformen nicht nur für den Strom. Ich bin erfreut über den Vorschlag des Gemeinderates und begrüsse diesen. Die Frage ist wie schnell dieses Vorhaben umgesetzt und ins Budget aufgenommen wird? Mit der Aufnahme dieses Anliegens können wir ein Zeichen setzen, dass wir vom Strom aus Atomkraft wegkommen wollen und dafür auch etwas Konkretes unternehmen.

Präsident: Wünscht der Gemeinderat Ergänzungen anzubringen? Das ist nicht der Fall. Somit ist das Wort offen für alle Ratsmitglieder.

Nicole Zeiter, SP: Ökostrom statt Atomstrom, das ist uns als SP Fraktion ein sehr wichtiges Anliegen. Wir stimmen aus diesem Grund dem Antrag des Gemeinderates zu.

Peter Bähler, SVP: Die Gemeinde Zollikofen verfügt im Bereich des Ökostroms über einen guten Leistungsausweis. Sie bezieht heute die Hälfte des Stroms für ihre Liegenschaften als Ökostrom. Hierzu unterstützt sie auch die Solaranlage auf dem Gemeindehaus und das Kleinkraftwerk im Graben. Wir erfinden heute das Rad nicht neu. Zollikofen, und dies steht auch so im Motionstext, geht schon lange mit gutem Beispiel voran. Das AKW abstellen, das ist ein guter Denkansatz des Motionärs. Das können wir machen, wenn wir auf diesen Strom nicht mehr angewiesen sind. Ökostrom für alle Liegenschaften zu 100 % kann sich die SVP ganz gut vorstellen. Vor allem weil dieser Strom am Tag benötigt wird und somit steht auch die Solarenergie als Lieferant zur Verfügung, nebst Wasserkraft- und Windenergie. In der

Nacht, für die öffentliche Beleuchtung, ist die SVP nicht ganz gleicher Meinung. Hier wird uns Strom mit einem Aufpreis verrechnet. Oder böse gesagt, wird vielleicht zuerst mit Atomenergie das Wasser hochgepumpt, turbinert und anschliessend verkauft. Das können wir nicht kontrollieren. Dies erachten wir nicht als ehrlich. Wir sind der Meinung, dass wir diesen Betrag viel besser für energieeffiziente Technologien in den Leuchtmitteln einsetzen. Hier wird in den nächsten Jahren ein entsprechender Entwicklungsschritt vorstattgehen. Zudem wird die Sache gelöst durch den beschlossenen Atomausstieg der Schweiz, welcher in der nächsten Zeit vollzogen wird. Wir sollen einfach mehr bezahlen, weil dies zurzeit in Mode ist. Die SVP stört sich ein wenig, dass immer bei solchen Motionen vor allem aus dem grünen Lager, immer wieder das Gemeinwesen die Kosten bezahlen muss. Mit diesen Vorstössen entstehen Kosten zulasten des Steuerzahlers, ohne dass diese einen Mehrnutzen haben. Wer sind die Steuerzahler? Wir alle. Das ist beinahe eine Strafaktion. Wir haben schon an der letzten Sitzung eine entsprechende Motion behandelt, welche in die gleiche Richtung gezielt hat. Die Gemeindefinanzen sind kein Perpetuum mobile. Wenn man im Verwaltungsbericht nachliest wer die Steuern effektiv bezahlt, nach allem was wir sonst noch abgeben müssen, dann muss ein kleiner Teil diese Last tragen. Klar, ihr werdet mir jetzt entgegenhalten, dass die Mehrkosten dieser Motion verhältnismässig klein sind. Wenn man diese auf die Bevölkerung verteilt, macht dies pro Person und Jahr Fr. 2.60. Also stellen wir doch diese Fr. 2.60 jedem Einwohner in Zollikofen pro Jahr in Rechnung, dann sieht er nämlich auch seinen ökologischen Beitrag. Das wäre fast eine Art Kostenwahrheit. Ich bin mir bewusst, dass dies nicht machbar ist. In diesem Sinn kann die SVP dem Anteil Ökostrom zu 100 % für die Liegenschaften zustimmen. Für die Beleuchtung lehnen wir es aus wirtschaftlichen Gründen ab. Wir wären froh, wenn wir über die beiden Punkte separat abstimmen könnten.

Toni Oesch, FdU: Der Vorschlag überzeugt mich in Bezug auf die Strassenbeleuchtung. Herr Bähler hat allenfalls einen Fehler gemacht welchen ich korrigieren muss. Er spricht von Fr. 2.60 pro Einwohner. Wir müssen aber pro Steuerzahler rechnen. Somit sind es dann plötzlich Fr. 10.00 pro Einwohner, es kommt schliesslich auch noch die Progression hinzu. Ich möchte aufmerksam machen, dass der Motionär in seinem Vorstoss auf "die gute Lage der Gemeindefinanzen" hinweist. Hier könnte er sich täuschen. Für nächstes Jahr wird ein Defizit von Fr. 635'000.00 prognostiziert. Ich glaube dies zwar auch nicht. Aber deshalb muss man hier schon differenzieren. Bei den Gebäuden ist 100 % Ökostrom in Ordnung, bei der Strassenbeleuchtung nicht.

Reto König, SP: Mich würde es interessieren wie viel der Anteil der Strassenbeleuchtung am Gesamtenergieverbrauch überhaupt ausmacht? So wie ich es verstanden habe, umfassen diese Fr. 2.60 alle Liegenschaften sowie die Strassenbeleuchtung wenn wir Ökostrom beziehen. Wenn wir nun die Strassenbeleuchtung aus diesem Paket ausklammern, macht dies vielleicht geschätzte 15 Rappen pro Person aus. Es besteht die Gefahr, dass man durch komplizierte Verrechnungen beziehungsweise Abrechnungen am Schluss höhere Kosten beziehungsweise eine schlechtere Wirtschaftlichkeit aufweist, als wenn man einfach sagt, wir beziehen für alles Ökostrom. Ich mag mich irren, dieser Vorschlag kommt nicht von mir, sonst hätte ich dies abgeklärt. Ich möchte aber von meinem Kollegen von der SVP wissen wie viele Rappen pro Jahr und Einwohner macht der Anteil der Strassenbeleuchtung aus, wenn man diesen auch als Ökostrom beziehen würde?

Ralph George, FDP: Der Beleuchtungsstrom ist übrigens in der Vorlage aufgeführt, man kann dies nachlesen. Wenn man die Argumente der Befürworter hört und auch liest, dann hat man das Gefühl, es gehe hier gegen die Kernenergie. Es richte sich gegen das AKW Mühleberg. Wenn man aber weiterliest merkt man, dass es sich hierbei nicht gegen etwas richtet sondern für Ökostrom. Das ist eine Nuance welche mir aufgefallen ist. Ökostrom ist grundsätzlich sympathisch, es ist im Trend. Das ist sicher ein Zeichen welches man setzen kann. Aus diesem Grund ist die FDP grundsätzlich für diese Vorlage und unterstützt diese. Ich stelle mir aber eine Frage: Es wird ja immer mehr Ökostrom benötigt. Verfügt denn die BKW über genügend Ökostrom, können sie die nachgefragten Mengen auch bereitstellen? Der Strom, welcher aus der Steckdose kommt, sieht immer gleich aus. Den Nettopreis würde

man ja einfach bezahlen wenn man ein Abonnement auf Ökostrom abschliesst. Ich habe aber auch schon gehört und gelesen, dass es problematisch ist, diesen Ökostrom zu beschaffen. Noch ein Wort zum Vorschlag der SVP betreffend die öffentliche Beleuchtung. Wenn ich die Unterlagen richtig verstanden habe, macht die öffentliche Beleuchtung ca. zwei Drittel aus. Ein Drittel wären dann die Liegenschaften. Hierzu besteht in unserer Fraktion keine klare Meinung, darum haben wir Stimmfreigabe beschlossen. Ich würde für die Abstimmung vorschlagen, dass man zuerst darüber abstimmt ob ja oder nein über das Ganze. Anschliessend soll man eine Stichabstimmung mit oder ohne öffentliche Beleuchtung machen.

Präsident: An dieser Stelle kurz eine Anmerkung zum Prozedere. Da es sich hier um eine Motion handelt, welche wir zuerst erheblich erklären müssen, kann nur über den vorliegenden Text abgestimmt werden oder dieser wird von Peter Kofel geändert. Wir können also nicht verschiedene Anträge einander gegenüberstellen.

Susanne Meierhans, CVP: Die CVP Fraktion begrüsst diesen Vorstoss sehr, ist dies doch die richtige Richtung. Wir unterstützen den Antrag so wie er uns vorliegt, da wir der Meinung sind, dass es Aufgabe der Gemeinde ist, Vorbild in der Förderung von Ökostrom zu sein. Dadurch werden auch Private motiviert zunehmend auf Ökostrom zu setzen und entsprechend werden auch die notwendigen Technologien vermehrt nachgefragt. Die Nachfrage steigt, je mehr man Ökostrom fordert und entsprechend steigt der Druck, diesen zu liefern. Wir sind der Ansicht, dass man aus dem Geld das man hier einnimmt, die entsprechenden Technologien bezüglich erneuerbarer Energien und auch die Forschung entsprechend entwickeln kann, damit neue Technologien ausfindig gemacht werden. Abgesehen davon werden bei der öffentlichen Beleuchtung die bestehenden Leuchtmittel durch LED-Lampen ersetzt, welche auch wieder weniger Strom benötigen. Wir bitten das Parlament dem Antrag zu folgen so wie er uns vorliegt.

Roland Stucki, EVP: Seit Fukushima bin ich auch ganz kritisch gegenüber der Kernenergie eingestellt. Niemand kann diesen Vorfall übersehen oder sagen das war nicht so schlimm. Das war eine Katastrophe. Deshalb tut man gut daran voraus zu schauen und die Schweiz hat nebst Deutschland sofort gehandelt. Das zu den Fakten. So lange wir nicht unseren ganzen Strom als Ökostrom beziehen können, sehe ich ein Problem. Wenn man uns weismacht, wir können Ökostrom aus Wasser, Luft und so weiter beziehen, weiss ich einfach nicht, wie wir dies kontrollieren können. Kommt dieser Strom beim Bezüger in grüner Form daher? Oder wie kann ich das herausfinden? Solange mir dies keiner sagen kann, kann ich in diesem Punkt nicht zustimmen.

Bruno Vanoni, GFL: Ich möchte gerne zur Frage von Roland Stucki Stellung nehmen. Auf unserer Stromrechnung wird seit anfangs Jahr deklariert, woher der Strom kommt. Das ist eine Verpflichtung des eidgenössischen Gesetzgebers. Die Deklarationen, woher die Stromunternehmen ihren Strom beziehen, beziehungsweise wie er produziert wird, werden durch entsprechende Labels wie in anderen Bereichen der Wirtschaft auch, sichergestellt, beziehungsweise kontrolliert. Es kann somit nicht Atomstrom als Ökostrom verkauft worden. Zur Frage, ob genügend Ökostrom vorhanden ist, gibt es eine interessante Entwicklung. Die BKW hat eine Preissenkung auf dem Zuschlag des Ökostroms angekündigt. Nach den Regeln der Weltwirtschaft, so wie ich sie verstehe ist es so, wenn ein Gut knapp ist, steigt der Preis, wenn aber genug davon vorhanden ist, sinkt der Preis. Somit hätte ich keine Bedenken, dass die BKW den Bedarf unserer Gemeinde an Ökostrom nicht decken könnte. Wichtig ist, vor allem auch die Signalwirkung, wenn andere Gemeinden und vor allem auch Bürger dies nachmachen. Wichtig ist, dass man mit diesem Zuschlag auch Investitionen in die Produktion tätigen kann, damit weiterer erneuerbarer Strom produziert werden kann.

Adrian Gehri, FDP: Ich habe noch eine Rückmeldung aus der Sicht der FDP: Liebe grüne Fraktion: Seit Jahren plädiert ihr für eine Steuererhöhung. Die FDP wird nicht Hand bieten auf Vorrat die Steuern zu erhöhen. Wir schlagen wie anhin vor, erst nach einem ersten Defi-

zit eine Steuererhöhung zu prüfen. Zweitens kann ich dein marktwirtschaftliches Verständnis nachvollziehen, Bruno. Wir sprechen hier von einem Oligopol oder von einem Monopol. Es kann natürlich auch eine Marktintervention von Gesetzes wegen zu einer Preissenkung führen, wenn unter anderem die Transferpreise zu teuer sind. Es geht nicht nur um das Verhältnis zwischen Nachfrager und Anbieter sondern auch noch darum, wie viele Anbieter sind in einem Markt tätig die einander Preise aufdoktronieren können.

Präsident: Weitere Voten aus dem Rat? Das ist nicht der Fall. Möchte der Gemeinderat ein Schlusswort halten? Das ist nicht der Fall. Dann möchte ich Peter Kofel fragen, ob er seine Motion abändern möchte oder nicht.

Peter Kofel, GFL: Ich belasse sie so wie sie ist.

Präsident: Somit kommen wir zur Abstimmung über die Erheblichkeit.

Abstimmung:

Die Motion Peter Kofel und Mitunterzeichnende betreffend "Ökostrom statt Atomstrom: Zollikofen geht mit gutem Beispiel voran" wird mehrheitlich erheblich erklärt.

Für getreuen Protokollauszug

ZENTRALE DIENSTE